

Bündnis-Treffen jetzt?

DGB will „kein neues Fass aufmachen“

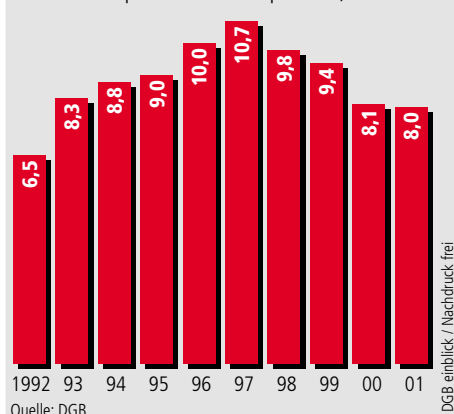
Krisen-Stimmung: Die Bundesregierung korrigiert ihre Wachstumsprognosen ständig nach unten. Bundesarbeitsminister Walter Rister (SPD) hält zum Jahreswechsel sogar mehr als vier Millionen Arbeitslose für möglich. Das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Wahljahr 2002 auf 3,5 Millionen zu drücken, rückt in weite Ferne. Schlägt jetzt die Stunde des Bündnisses für Arbeit?

Eine Extra-Bündnisrunde sei „jetzt nicht vereinbart“, so DGB-Chef Dieter Schulte. Die Gewerkschaften wollten vielmehr am geplanten Treffen Ende des Jahres festhalten, um Bilanz zu ziehen. Es kommt jetzt darauf an, die Verabredungen mit den Arbeitgebern einzulösen. Schulte: „Wir wollen kein neues Fass aufmachen.“

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer erinnert daran, dass noch immer der im Bündnis für Arbeit zugesagte Abbau von Überstunden ausstehe, ebenso die Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen. Die Arbeitgeber forderte sie mit Blick auf die

Noch auf dem niedrigsten Stand

Arbeitslosenquote West im September, 1992 – 2001



3,74 Millionen abhängig Beschäftigte waren Ende September arbeitslos gemeldet – 49 000 weniger als im Vormonat, 58 000 mehr als im Vorjahr. Noch liegt die Arbeitslosenquote West auf dem niedrigsten Septemberstand seit 1992.

weltpolitische Lage auf, die Situation nicht zum Stellenabbau auszunutzen. Der Beschäftigungsmotor stottere zwar, doch von Krise könne angesichts der leichten Herbstbelegung keine Rede sein. Auch wenn sich in Westdeutschland die Kurzarbeit in den vergangenen zwölf Monaten verdoppelt habe. Konjunkturprogramme lehne der DGB ebenso ab wie ein Vorziehen der

Steuerreform. Falls es wider Erwarten zu einem Konjunktüreinbruch komme, müssten abgestimmte europäische Initiativen ergriffen werden.

Auch Klaus Lang, Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender der IG Metall und Mitglied der Steuerungsgruppe des Bündnisses, sieht „momentan keinen unmittelbaren Gesprächsbedarf“. Die Regierung sei noch nicht bereit, etwas für die Konjunkturbelebung zu tun, die Wirtschaft wolle primär über Tarifpolitik reden – „und das wollen wir nicht“. Lang mutmaßt, die Arbeitgeber könnten eine kurzfristig einberufene Bündnisrunde zum Vorwand nehmen, den

Beschäftigten ein Sonderopfer abzuverlangen. Sollte es tatsächlich zur Stagnation des Wirtschaftswachstums kommen, sei „erst recht“ eine Steigerung der Binnenkaufkraft notwendig, um die Wirtschaft zu stärken.

Einer DGB-Studie zur Einkommensentwicklung zufolge ist die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen seit 1991 um 5,9 Prozent gesunken. „Die Ursache für den Anstieg der Arbeitslosigkeit“, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, „liegt in der schwachen Wachstumsentwicklung.“ Eine weitere Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Gewinne und zu Lasten der Lohnneinkommen verspreche keine Besserung der Arbeitsmarktlage.

Die Gewerkschaften werden ihre Tarifforderungen für 2002 so spät als möglich festlegen. Die ersten Tarifverträge laufen Ende Februar nächsten Jahres aus – in den Branchen Metall und Chemie. ●

plusminusBERLIN

+ Die grüne Haushalts-expertin **Antje Hermenau** fordert eine weitere Aufstockung des Entwicklungs-Hilfe-Etats. Die bereits geplanten zusätzlichen 200 Millionen Mark seien zu wenig. Die Begründung: Wer die Schief-lage in der Welt ändern wolle, müsse dafür „auch etwas tun“.

- Die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU **Gerda Hasselfeldt** ist gegen eine Tobin-Steuer. Mit der Steuer auf internationale Finanztransfers soll die weltweite Armut bekämpft werden. Die Forderung nach einer Anti-Spekulationssteuer sei ein Beleg für „Ideenlosigkeit“.

inhalt

Seite 3

Abstieg in die zweite Liga

Die berufliche Weiterbildung fristet hierzulande ein Schattendasein. Deutschland belegt in einem internationalen Vergleich den 14. von 17 Plätzen

Seite 5

Wir müssen mehr Offenheit an den Tag legen

Interview mit dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoltd zum Gewerkschaftstag

Seite 7

Terror bekämpfen – Terror überwinden

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte warnt vor dem Glauben, den Terrorismus allein mit militärischen Mitteln bekämpfen zu können



Der Surf-Tipp fürs Internet

nibis.ni.schule.de/haus/dez4/gegenrechts
Internet gegen Rechts



Im Faxabruf

0211/43 01 658

Einwanderung und Asyl.
Richtlinien, Mitteilungen
und Arbeitsprogramm
der EU

Neue Betriebsverfassung

DGB mit Wahlordnung zufrieden

Mit dem Entwurf der neuen Wahlordnung zum Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), den Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) Anfang des Monats vorgelegt hat (einblick 15/01), ist der DGB weitestgehend einverstanden. Nach Auffassung der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelenkefer werden die Vorschläge des Arbeitsministeriums „ganz überwiegend den Anforderungen an eine erleichterte Handhabung der Wahlvorschriften gerecht“.

Der reformierten Betriebsverfassung zufolge „muss“ das Geschlecht, das in der Belegschaft in der Minderheit ist, „mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein“ (Paragraph 15 Abs. 2 BetrVG). Der Entwurf der Wahlordnung berücksichtigt jedoch nicht den Fall, dass keine einzige Person des so genannten Minderheitengeschlechts auf den Vorschlagslisten zur Betriebsratswahl kandidiert. Deshalb schlägt der DGB vor, „dem

Wahlvorstand aufzugeben, in diesen Fällen eine entsprechende Nachfrist zu setzen“. Diese Fristverlängerung um eine Woche solle allerdings nicht für das vereinfachte Wahlverfahren in Betrieben mit fünf bis 50 Beschäftigten gelten; außerdem sollen bereits eingereichte Vorschlagslisten dadurch nicht ungültig werden.

Die neue Wahlordnung steht höchstwahrscheinlich am 30. November auf der Tagesordnung des Bundesrats. DGB-Vize Engelenkefer: „Wir erwarten, dass die Länderkammer ihr zustimmen wird, so dass sie Anfang Dezember in Kraft treten kann.“ ●

geplant... beschlossen

Die Seniorenarbeit im DGB soll auf Bundesebene durch einen ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten gestärkt werden. Zur Unterstützung seiner Arbeit kann der neue Seniorenbeauftragte einen Koordinierungskreis aus VertreterInnen der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB bilden. Auch auf Bezirksebene soll es künftig eigene ehrenamtliche Seniorenbeauftragte geben können. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) vorgeschlagen. Das neue Instrument des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten soll zwei Jahre lang auf seine Praxistauglichkeit erprobt werden.

Schwerbehinderten-Kampagne

Erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten ist seit Oktober 1999 um 23 700 gesunken. Für Bundesarbeitsminister Walter Riester ist das ein „wichtiger Etappenerfolg“ der vor einem Jahr ge-

starteten Kampagne „50 000 Jobs für Schwerbehinderte“. Es gebe „gute Chancen“, das Kampagnenziel – die Zahl der Stellen für Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen – bis Oktober

2002 zu erreichen. Nötig seien aber noch erhebliche Anstrengungen. So startet am 22. Oktober die zweite Anzeigenkampagne, die für die Einstellung Schwerbehinderter wirbt. Parallel dazu will der Bund mehr Geld für die erst jüngst eingerichteten Integrationsfachdienste der Arbeitsämter zur Verfügung stellen. Statt 80 Millionen Mark stehen ih-

nen im kommenden Jahr 100 Millionen Mark zur Verfügung. Infos zur Kampagne gibt es unter: www.jobs-fuer-behinderte.de ●

wie wardie woche?



Jahrelang war die Friedensbewegung fast vollständig von der Bildfläche verschwunden. Seit den Terroranschlägen vom 11. September und den Gegenschlägen der Amerikaner in Afghanistan ist sie wieder da. Über 50 000 Menschen haben am 13. Oktober in Berlin und Stuttgart gegen weitere Militäreinsätze demonstriert. Sabine Leidig, 40, Vorsitzende der DGB-Region Mittelbaden, hat zur Stuttgarter Demonstration mit aufgerufen.

„Aufstehen für den Frieden. Solidarität, Gerechtigkeit, kein Krieg“ – dafür sind am 13. Oktober allein in Stuttgart fast 20 000 Menschen auf die Straße gegangen. So viele wie schon lange nicht mehr. Und was mich besonders gefreut hat, unter ihnen waren viele Gewerkschaftsmitglieder. Sybille Stamm, die ver.di-Vorsitzende von Baden-Württemberg, war sogar eine der RednerInnen. Dass die Gewerkschaften beginnen, sich wieder stärker in der Friedensbewegung zu engagieren, finde ich ermutigend, auch wenn wir in der Frage, wie Terroranschläge verhindert werden können, nicht immer einer Meinung sind. „Wir wenden uns gegen Krieg und Kriegsrhetorik. Vergeltung und Rache

können nicht unsere Ziele sein“, heißt es in der bereits am 26. September, also vor den Gegenschlägen der Amerikaner verabschiedeten Erklärung des DGB-Landesbezirks zur Stuttgarter Demonstration. Der Einsatz militärischer Gewalt wird darin allerdings nicht völlig ausgeschlossen. Er könne „allerletzte Konsequenz“ bei der „Durchsetzung eines an rechtsstaatlichen Kriterien orientierten Strafverfolgungsanspruchs“ sein, so der Landesbezirk. Da geht unser Kreis weiter. Auch wir fordern, dass die Verantwortlichen für die Attentate zur Rechenschaft gezogen werden. Vergeltungsschläge lehnen wir aber ab. „Auch gegen ein undemokratisches Regime wie das der Taliban ist ein militärischer Angriff kein geeignetes

Mittel“, heißt es in unserer Erklärung. Militärschläge führen nur zu einer „ungewollten Solidarisierung in Afghanistan“.

250 Menschen sind allein aus Karlsruhe mit zur Demo nach Stuttgart gefahren. Das zeigt, dass es sich lohnt, wenn wir uns wieder stärker einmischen. Dabei geht es auch um unsere Glaubwürdigkeit. Wir können uns nicht erst gegen den Krieg aussprechen und dann, wenn es losgeht, sagen: „Gezielte Militärschläge, das geht ja noch.“ Und wir müssen den Zusammenhang zur sozialen Frage herstellen. Das Geld, das jetzt in die Aufrüstung investiert wird, fehlt doch nachher, wenn es um die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen geht und um eine vernünftige Sozialpolitik. Auf der Regionalkonferenz zwei Tage vor der Stuttgarter Demonstration haben wir intensiv über diese Frage diskutiert. Dass mich anschließend 77 Prozent der Delegierten als Regionalvorsitzende wiedergewählt haben, sehe ich als Bestätigung.

Abstieg in die zweite Liga

Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen Arbeitgeber, Bundesregierung und Gewerkschaften gemeinsam dafür sorgen, dass Deutschland in Sachen berufliche Bildung nicht in die zweite Liga absteigt. Doch in der betrieblichen Realität ist Weiterbildung eher ein Störfaktor.

Als „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ hatten sie gemeinsam zu einer Fachkonferenz gebeten, in deren Mittelpunkt positive Qualifizierungsbeispiele stehen sollten. Positives gab es denn auch reichlich. Bundesministerin Bulmahn freute sich: Erstmals seit Jahren könne man jedem Jugendlichen wieder einen Ausbildungsplatz anbieten. Ausbildungsordnungen wurden in Rekordzeit modernisiert, neue Berufe seien geschaffen worden. Und trotzdem: Die Freude war nicht ungetrübt.

Berufliche Weiterbildung ist in Deutschland keineswegs en vogue. Nur zwischen 20 und 25 Prozent der Beschäftigten nehmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil. Einhergehend mit der demographischen Entwicklung, droht langfristig Fachkräftemangel. Ingrid Sehrbrock, im DGB-Bundesvorstand zuständig für Bildung, fürchtete anlässlich der Qualifizierungskonferenz: „Da droht der Abstieg in die zweite Liga.“

Die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses wurde im März 2001 damit beauftragt, eine Zusammenstellung und Bewertung von Best-Practise-Beispielen betrieblicher Weiterbildung vorzulegen. Die Wissenschaftler haben das System beruflicher Bildung und seine zu erwartende Entwicklung außerdem analysiert und kommentiert. Einige Ergebnisse:

- An beruflicher Weiterbildung nehmen in Deutschland vergleichsweise wenige ArbeitnehmerInnen teil. Bei einer Reihung von 17 Ländern, die auf einer Kombination verschiedener Erhebungen der OECD und der EU basiert, kommt Deutschland nur auf den 14. Platz.

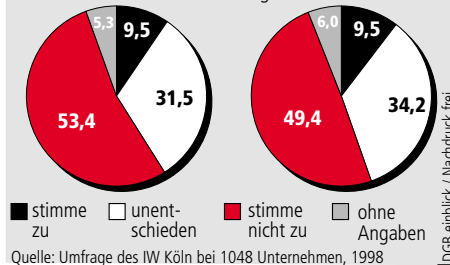
- Das Bild ändert sich, wenn man das durchschnittliche jährliche Vo-

Wasch mir den Pelz ...

So viel Prozent der befragten Unternehmen meinen ...

...ein gesetzlicher Anspruch auf Bildungsurlaub leistet einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung der MitarbeiterInnen

...tarifvertragliche Vereinbarungen zur Freistellung für Weiterbildung tragen zur gezielten Personalentwicklung bei



Wie die Unternehmen die Qualifizierung am liebsten hätten, zeigt eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft: In jedem Fall nicht geregelt, weder gesetzlich noch per Tarifvertrag. Dass die MitarbeiterInnen dennoch gut ausgebildet sein müssen, ist beinahe selbstverständlich.

lumen der Weiterbildung in Stunden je Beschäftigtem zwischen 25 und 54 Jahren betrachtet. Hier lag Deutschland Mitte der neunziger Jahre mit einem Wert von rund 40 Stunden nah am Durchschnitt. Schlussfolgerung: In Deutschland kommen relativ wenig Beschäftigte in den Genuss beruflicher Weiterbildung, sie werden aber vergleichsweise zeitintensiv weiterqualifiziert.

- Berufliche Weiterbildung konzentriert sich in den meisten Ländern auf jüngere, besser ausgebildete und auf ArbeitnehmerInnen mit unbefristeten Vollzeitstellen sowie Beschäftigten in großen Unternehmen. Ältere und gering qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch Personen mit befristeten oder Teilzeitverträgen, nehmen nur in geringem Umfang an beruflicher Weiterbildung teil. Dies kann die Segmentierung des Arbeitsmarktes verfestigen.

- Auffällig ist: In den Niederlanden, Frankreich und Deutschland liegt die Weiterbildung von älteren

ArbeitnehmerInnen weit hinter der Qualifizierung von jüngeren ArbeitnehmerInnen zurück. Der Rückstand gegenüber Schweden und Dänemark ist deutlich, wo es gelingt, auch bei ArbeitnehmerInnen

über 45 Jahren noch eine hohe Teilnahmequote an Weiterbildung zu erzielen. Bemerkenswert ist auch, dass in den Niederlanden viele gering Qualifizierte von beruflicher Weiterbildung profitieren, während in Deutschland HochschulabsolventInnen eine mehr als viermal so hohe Teilnahmequote bei der beruflichen Weiterbildung aufweisen.

- Bei der Verteilung der beruflichen Weiterbildung auf die Geschlechter zeigt sich, dass in Deutschland Frauen etwas seltener weitergebildet werden als Männer. In den meisten Vergleichsländern ist hingegen die Teilnehmerate der Frauen höher als die der Männer.

Trotz des Konsenses beim Grundsatz Qualifizierung – in vielen Detailfragen war es mit der Harmonie schnell vorbei: Das Ansinnen, Beschäftigten Qualifizierung per Tarifvertrag zu ermöglichen, beantworteten die Unternehmer mit dem Wunsch nach flexiblen Regelungen und „Eigenbeteiligung“ der Arbeitnehmer. Dem Ansinnen der Arbeitgeber nach kürzeren Ausbildungsgängen und Niedriglohnssektoren können Gewerkschaften natürlich nicht zustimmen. Einigkeit herrscht dann aber wieder beim Bündnisziel, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern. Handwerkspräsident Dieter Philipp: „Der Paradigmenwechsel zugunsten der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer wurde nicht mit letzter Konsequenz verwirklicht.“

Vor allem vier Ansprüche werden heute an ein zeitgemäßes System der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung gestellt:

- ✘ **Es muss aus Sicht der Unternehmen helfen, deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, insbesondere unter den Bedingungen einer Hochlohnoökonomie;**

- ✘ **es muss aus Sicht der Arbeitnehmer in der Lage sein, zur individuellen Beschäftigungsfähigkeit im Erwerbsverlauf beizutragen, was das rechtzeitige Erkennen und geeignete Maßnahmen gegen Qualifikationsmängel einschließt;**

- ✘ **es muss zur Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes beitragen, indem es räumliche und berufliche Mobilität von Männern und Frauen sowie Beschäftigungschancen von Problemgruppen, insbesondere Älteren, Langzeitarbeitslosen und gering qualifizierten Arbeitnehmern, verbessert**

- ✘ **und es muss zumindest aus Sicht der Arbeitnehmervertreter den Mindestanforderungen an Chancengleichheit, Fairness und Verteilungsgerechtigkeit genügen.**

Die verschiedenen Funktionen der betrieblichen Weiterbildung werden von den beteiligten Akteuren unterschiedlich gewichtet.

Unbestreitbar ist, dass sie eng miteinander zusammenhängen und in der Praxis nur schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Aus dem Bericht der Benchmarking-Gruppe

Büchergilde Gutenberg

Essaypreis „Europa in den Köpfen“

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind politisch längst eng verflochten. Jetzt will die Büchergilde Gutenberg in ihrem dritten Essaywettbewerb wissen, wie junge Menschen die „Union in den Köpfen“ erleben. Mit knapp 5000 Mark (2500 €) belohnt sie den gelungensten Beitrag zum Thema „Sehnsucht nach Sinn? Lebensziele und Wertvorstellungen im vereinten Europa“. Zudem erscheinen

die besten Beiträge in der Buchreihe „Edition Zeitkritik“. Wer abgedruckt wird, entscheidet eine Jury. Deren Mitglieder sind der EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit, der Schriftsteller Selim Özdoğan, Büchergilde-Chef Mario Früh und die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Gesine Schwan. Die Essayisten sollten höchstens 30 Jahre alt sein. Einsendeschluss ist der 30. April 2002. •



Büchergilde Gutenberg
Untermainkai 66
60329 Frankfurt/Main
www.buechergilde.de

AiB-Verlag

Kongress zur Riester-Rente

Die Rentenreform stärkt neben der privaten auch die betriebliche Altersvorsorge. Wie der Rechtsanspruch der ArbeitnehmerInnen auf Entgeltumwandlung realisiert werden kann, um eine eigenfinanzierte Betriebsrente aufzubauen, ist Thema des Kongresses „Betriebliche Altersvorsorge“ am 10. und 11. Dezember in Hannover. Die Tagung des Verlags „Arbeitsrecht im Betrieb“ (AiB) kostet für Frühbucher bis 31. Oktober 1580 Mark plus Mehrwertsteuer, danach sind 1780 Mark fällig. •

AiB-Verlag
Hansestraße 63 a, 51149 Köln
Tel. 0 22 03 / 935 25 46
Fax 0 22 03 / 935 25 41
info@aib-verlag.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Globalisierung menschlich

Welche sozialen Standards sind im globalen Wettbewerb nötig? Antworten auf diese Frage suchen die TeilnehmerInnen der Konferenz „Globalisierung mit sozialem Fortschritt: Die Aufgaben der ILO“ am 30. Oktober in der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung. Diskussionsgrundlage ist das Projekt „Menschenwürdige Arbeit“, mit dem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf einen Beitrag zur sozialen Gestaltung des weltweiten Globalisierungsprozesses leisten will. •

Friedrich-Ebert-Stiftung
Gewerkschaftsordination
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Tel. 0228/883517
Fax 0228/883575

in Hattingen, was hinter platten Formeln wie dem „Kampf der Kulturen“ steckt und wie eine demokratische Öffentlichkeit auf die Geschehnisse reagieren sollte. Die Veranstaltung entsteht in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Die Teilnahme kostet 100 Mark. •

DGB-Bildungszentrum
Am Homberg 46 – 50
45529 Hattingen
Tel. 0 23 24 / 50 80
Fax 0 23 24 / 50 83 00
hattingen@dgb-bildungswerk.de
www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

DGB-Bildungswerk

Transfer zum neuen Job

Insolvenz, Umstrukturierung oder Rationalisierung eines Unternehmens gefährden oft Hunderte von Arbeitsplätzen. Immer öfter sollen Transfermodelle den MitarbeiterInnen neue Jobs vermitteln. Welche Vor- und Nachteile die gezielte Arbeitsvermittlung birgt, beleuchtet die Tagung „Beschäftigtertransfer – Transparenz und Qualitätssicherung“ am 5. November in Bochum. Veranstalter sind das Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen, die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der DGB-Landesbezirk. •

DGB-Bildungswerk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34–38
40210 Düsseldorf
Fax 0211 / 36 83 161

Hans-Böckler-Stiftung

Teilzeit umsetzen

Die „Möglichkeiten und Grenzen eines gesetzlichen Anspruchs auf Teilzeit“ werden auf einem Workshop am 13. November in Bonn diskutiert. Veranstalter der Tagung sind das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und das Landesarbeitsministerium NRW. Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. •

Hans-Böckler-Stiftung/WSI
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax 0211 / 77 78 190
www.wsi.de

WSI-Tarifarchiv

Neuer Service zur Tarifrunde

Das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) bietet einen neuen Info-Service zur anlaufenden Tarifrunde 2002 an. Unter www.tarifvertrag.de – Butto „Tarifrunde 2002“ – finden sich aktuelle Informationen zu den Kündigungsterminen der Tarifverträge sowie den Forderungen der Gewerkschaften. Hinweise auf frühere Abschlüsse, Dokumente und Links runden das Bild ab. •

DGB-Bildungswerk

Die Folgen der Anschläge

Die politischen Nachwirkungen der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten sind das Thema der Tagung „Der 11. September und die Folgen“ des DGB-Bildungswerks. Vom 31. Oktober bis 2. November diskutieren die Teilnehmer

interregio

••• Einen öffentlichen Dialog über die Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften will der **DGB Östliches Ruhrgebiet** führen. Grundlage dafür ist ein **Diskussionsentwurf** der DGB-Region. Neben dem Strukturwandel im Ruhrgebiet sind auch die Serviceleistungen der Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Angebote an Nichtmit-

glieder Ausgangspunkte des Diskussionspapiers. Geplant ist eine „kontroverse“ Dialogreihe, die besonders „junge Menschen in den jungen Branchen“ neugierig machen soll. Der Diskussionsentwurf kann beim DGB Östliches Ruhrgebiet bestellt werden: Tel. 0231 / 55 70 44 0 oder dortmund@dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

Interview mit Hubertus Schmoldt, IG BCE-Vorsitzender

Konsens und Offenheit

„Die Zukunft gestalten“ ist das Motto des Gewerkschaftskongresses der IG BCE vom 21. bis 25. Oktober in Frankfurt/Main. Über die Zukunft der Gewerkschaften und des Bündnisses für Arbeit sprach einblick mit dem IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt.

■ Was hat sich seit dem letzten Kongress verändert?

■ Die letzten vier Jahre waren vor allem geprägt vom Zusammenwachsen der Fusionsgewerkschaften IG Chemie, Papier, Keramik, IG Bergbau und Energie und Gewerkschaft Leder. Seit dem Fusionskongress 1997 ist es uns gelungen, eine neue Organisation mit einer eigenen Identität zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft stehen die Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen. Wie muss sich die Organisation darauf einstellen? Wie gehen wir mit den veränderten Ansprüchen der Mitglieder und der Nicht-Mitglieder an eine Gewerkschaft um? In unserem vor vier Jahren begonnenen Organisationsentwicklungsprozess versuchen wir, Antworten auf diese Fragen zu finden.

■ Welche gesellschaftliche Rolle spielen die Gewerkschaften künftig?

■ Ich hoffe, nach wie vor eine maßgebliche. Das liegt nicht zuletzt an uns selbst. Um unsere Stellung in der Gesellschaft zu erhalten, müssen wir mehr Offenheit an den Tag legen. Denn wir müssen auch Akzeptanz finden bei Beschäftigtengruppen, die wir bisher noch nicht von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation überzeugen konnten.

In unserem Leitbild, das wir auf dem Kongress 1997 verabschiedet haben, haben wir auch etwas zur Zukunft der sozialen Marktwirtschaft gesagt. Dabei geht es nicht zuletzt um Konsens, Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft. Auch deshalb halten wir am Bündnis für Arbeit fest. Ich klammere mich nicht an den Namen, auch über die

Form kann man nachdenken. Ob alle Projekte immer effektiv sind, darüber muss man kritisch Bilanz ziehen. Aber den Anspruch, über solche Instrumente als gesellschaftliche Reformkraft zu wirken, den dürfen wir nicht aufgeben.

■ Was sind eure wichtigsten politischen Projekte in den nächsten Jahren?

■ Das Mega-Thema ist nach wie vor eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Zudem müssen wir größeres Gewicht legen auf die internationalen Fragen. Da haben wir als Gewerkschaften erheblichen Nachholbedarf. Das beginnt in Europa. Wir müssen in der EU endlich die Sozialunion nach vorn bringen.

■ Wie sieht deine Bilanz des Bündnisses für Arbeit aus? Allzu viel wurde ja nicht erreicht.

■ Das sehe ich anders. Wir haben erreicht, dass soziale Gerechtigkeit wieder zu einem Thema geworden ist. Wie müssen Reformen aussehen? Wie können wir den Abbau der Arbeitslosigkeit zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen? Das sind dabei die entscheidenden Fragen. Natürlich hätten wir in einzelnen Bereichen gern mehr erreicht, das bestreite ich doch gar nicht. Kritik ist berechtigt, die Frage ist, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen.

Die Gewerkschaften haben das Bündnis gewollt. Wir müssen weiter dafür kämpfen, dass die richtigen Inhalte in das Bündnis kommen und vom Bündnis Impulse ausgehen. Das Bündnis ersetzt nicht die Regierung, das Parlament, die Tarifpolitik. Im Bündnis können wir nur versuchen, uns auf gemeinsame Positionen zu verständigen und damit einen gewissen Druck aus-



Hubertus Schmoldt, 56, seit dem Fusionskongress 1997 Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, kandidiert erneut für dieses Amt.

zuüben. Das Bündnis für Arbeit entlässt niemanden aus der Verantwortung in seinem Bereich.

■ Es sieht so aus, als würde der Abbau der Arbeitslosigkeit ins Stocken geraten.

■ Die Arbeitgeber haben wichtige Zusagen im Bündnis zum Abbau der Arbeitslosigkeit bislang nicht umgesetzt. Das wird bei unserer Bewertung eine wichtige Rolle spielen.

■ Wie wird die nächste Tarifrunde aussehen?

■ Da sage ich immer das Gleiche: Es war ein Riesenfänger, über eine Tarifrunde, die im Frühjahr 2002 stattfindet, schon ein Jahr vorher zu spekulieren. Im Frühjahr haben maßgebliche Arbeitgeberfunktionäre damit bereits angefangen. Das ist alles dummes Zeug. Wir werden am Jahresende die Situation bewerten und dann die Tarifforderungen stellen.

■ Der Kanzler kommt zu eurem Gewerkschaftstag. Zum IG BAU-Kongress hat er als Geschenk das Vergabegesetz mitgebracht. Bringt er euch auch etwas mit?

■ Das weiß ich nicht. Es geht auch nicht um Geschenke. Wir haben bisher in den wesentlichen politischen Vorhaben die Unterstützung des Bundeskanzlers gefunden. Das gilt beispielsweise in Sachen Steinkohle, Chemikaliengesetz, Übernahmerrichtlinie, Ökosteuern oder Kraft-Wärme-Kopplung. Wir sind ein wenig stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben. Wir gehen davon aus, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändert. ●

Zukunft gestalten

450 Delegierte werden auf dem 2. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE die Weichen für die künftige Politik der Gewerkschaft stellen. Sie entscheiden über rund 140 Anträge und wählen die acht Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes, die 27 Mitglieder des Hauptvorstandes sowie die Ausschüsse und die Satzungskommission.

Einen Schwerpunkt des Kongresses werden die Beratungen über die Arbeit der Organisation bilden. Grundlage dafür ist das Leitbild der IG BCE, das auf dem Fusionskongress 1997 beschlossen wurde. Es fasst Selbstverständnis und Ziele der IG BCE in 20 Thesen zusammen. www.igbce.de

„Wenn wir gestaltungsfähig bleiben wollen, brauchen wir einen ständigen Prozess der Erneuerung“, so der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Dieser Prozess lasse sich nur dann erfolgreich gestalten, wenn die IG BCE weiter den im Leitbild formulierten Grundsatz einer „lernenden, offenen, und beteiligungsorientierten Organisation“ verfolge.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Faxabruf

0211 | 43 01 686

Langfassung des Interviews mit Hubertus Schmoldt

kurz&bündig

DGB

Trotz drohendem Facharbeitermangel kommen die

Unternehmen erneut nicht ihrer Verpflichtung nach, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Darauf hat DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock hingewiesen. Zwar sei die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze im Westen um 8275 gestiegen, im Osten sei sie aber um 8645 gesunken. In den neuen Bundesländern würden nur vier von zehn Jugendlichen eine Ausbildungsstelle finden.

ver.di

In der Seeschifffahrt bahnt sich wegen der „miserablen Bedin-

gungen“ für die Besatzungen eine Personalkrise an, so ver.di-Vorstand Jan Kahmann. „Immer weniger“ könnten sich einen Beruf auf See vorstellen. Die Bundesregierung müsse endlich Schritte gegen sogenannte Billigflaggen-Schiffe unternehmen weil sie Reeder, die vernünftige Arbeitsbedingung und hohe Sicherheitsstandards garantieren, systematisch vom Markt verdrängen.



Die IG Metall hat mit der Satorius AG, Göttingen, den bundes-

weit ersten Tarifvertrag für StudentInnen im Praxisverbund abgeschlossen. Dabei wird das Studium mit Praxissemestern in Betrieben verknüpft. Der Arbeitgeber übernimmt nicht nur die Kosten der Ausbildung, sondern garantiert nach deren Abschluss auch ein mindestens 12-monatiges Beschäftigungsverhältnis.

Organisationsstreit um Autoreisezüge

Chancen auf Einigung ohne Schiedsgericht?

214 Beschäftigte hat die DB European-Railservice GmbH (ERS). Das Tochterunternehmen der DB-Autoreisezug GmbH ist seit Juni für die bislang von der Mitropa-Tochter RGB geführte Hotelerie und Gastronomie auf den Autoreisezügen zuständig. Weil sich TRANSNET und NGG nicht über ihre Zuständigkeit einigen, schreibt das kleine Unternehmen möglicherweise Gewerkschaftsgeschichte: Erstmals könnte das Schiedsgericht des DGB über Organisationsgrenzen entscheiden.

Hintergrund der bereits seit mehreren Monaten schwelenden Auseinandersetzung zwischen den beiden Gewerkschaften sind konkurrierende Organisationszuständigkeiten und die unterschiedliche Bewertung der Frage, welcher Tariflohn durchsetzbar ist. Während TRANSNET für die DB-Töchter zuständig ist, organisiert NGG die Beschäftigten der Mitropa. Deren Bemühungen, einen Tarifvertrag für die unter dem Branchenniveau bezahlten Beschäftigten der RGB

durchzusetzen, sind bislang am Widerstand des Mitropa-Managements gescheitert. Anfang Juni hatte die NGG die Beschäftigten deshalb zum Streik aufgerufen. Parallel hierzu hat die Bahn AG die European-Railservice GmbH als Tochterunternehmen gegründet und den RGB-Beschäftigten ein Angebot zur Übernahme der Beschäftigungsverhältnisse unterbreitet. Den Tarifvertrag hatte sie mit TRANSNET vereinbart.

Weil dessen Niveau unter den NGG-Forderungen liegt, hatte die NGG TRANSNET vorgeworfen, mit Dumpinglöhnen zu arbeiten (*einblick* 15/01). Diesen Vorwurf weist die Bahngewerkschaft zurück. Zum einen gehöre die ERS als Bahntochter in den Organisationsbereich von TRANSNET. Zum anderen sei es NGG bis zur Überleitung der Aufgaben der RGB an die ERS nicht gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, so der stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende Günter Ostermann gegenüber *einblick*. Pressesprecher Hubert Kummer betont, die Beschäftigten

bekämen zudem „bis zu 30 Prozent mehr als vorher“.

Ob der Streit tatsächlich vom DGB-Schiedsgericht entschieden werden muss, ist noch offen. „Wir sehen Chancen für eine gütliche Einigung“, so Hubert Kummer. Auch NGG schließt eine Einigung nicht aus, sieht deren Chancen aber eher als gering an. Eine Teilung der Belegschaft wie vom DGB im Vermittlungsverfahren vorgeschlagen, nach der NGG den Gastronomie- und Schlafwagenbereich und TRANSNET die Reiseleiter organisiert, kann sich NGG-Referatsleiter Frank Maur nicht vorstellen. Das sei ein Verstoß gegen das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“. •

Tarifrente

Bauarbeiter zögern noch

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat Probleme mit ihrer tariflichen Zusatzrente. Die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes habe bislang weniger Verträge abgeschlossen als erwartet, erklärte IG BAU-Sprecher Michael Knoche, ohne Zahlen zu nennen. Ein Grund dafür seien die Warnungen der Verbraucherverbände und anderer Gewerkschaften, jetzt schon private Altersvorsorgeverträge abzuschließen. Diese Warnungen, so Knoche, seien berechtigt, weil noch kein zertifiziertes Vorsorgeprodukt auf dem Markt ist. Die Bau-Tarifrente unterliege dem Zertifizierungsgesetz aber gar nicht, sondern sei längst rechtskräftig. Seit 1. Juni können die westdeutschen Baubeschäftigten monatlich 78 Mark für ihre Altersvorsorge ansparen, müssen davon aber nur 18 Mark aus der eigenen Tasche zahlen, 60 Mark steuert der Arbeitgeber bei. Ein 20-jähriger Bauarbeiter kann nach 42 Versicherungsjahren mit bis zu 1139 Mark Zusatzrente rechnen. •



Foto: Harry Schnitger

Freispruch nach 103 Tagen Haft: Hannes Heine, 20, aktives ver.di-Mitglied aus Berlin, ist in zweiter Instanz vom Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs während der Demonstrationen beim EU-Gipfel in Göteborg/Schweden freigesprochen worden. Der junge Gewerkschafter war am 15. Juni abseits der Krawalle verhaftet worden. In einem umstrittenen ersten Verfahren war er zu 14 Monaten Haft verurteilt worden (*einblick* 15/01). Zahlreiche GewerkschafterInnen hatten gegen Heines Verurteilung und seine Haftbedingungen protestiert (auf dem Foto der ver.di-Landesjugendvorstand Berlin-Brandenburg). „Ich bin mir sicher“, so Heine, „dass dank der massiven Öffentlichkeit und der Prozessbeobachter die zweite Verhandlung einen günstigeren Verlauf genommen hat.“

Der 11. September und die Folgen

Terror bekämpfen – Terror überwinden

Allein mit militärischen Mitteln kann der Terrorismus nicht bekämpft werden. Davon ist der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte überzeugt. Schulte fordert ein globales Bündnis für Freiheit und soziale Gerechtigkeit und warnt vor Hysterie.



Dieter Schulte, 61, ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Der 11. September 2001 wird als „Tag des Terrors“ in die Geschichtsbücher eingehen. Die abscheuliche Brutalität der menschenverachtenden Anschläge auf New York und Washington hat uns auf die schlimmste Weise vor Augen geführt, wozu Hass und blinder Eifer führen können. Die Täter müssen deshalb mit allen legitimen Mitteln verfolgt werden, und sie müssen bestraft werden. Aber allein mit militärischer Macht wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein.

Es wird immer Menschen geben, die aus ideologischer Verblendung oder Machtgier heraus das Leben anderer bedrohen, selbst wenn wir alle Ungerechtigkeiten dieser Welt beseitigen könnten. Aber diese falschen Propheten werden wesentlich weniger Anhänger haben. **Wir brauchen eine Koalition der Menschlichkeit**, ein weltweites Bündnis für Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der einen Welt. Die Verbrechen in New York und Washington haben gezeigt, dass wir in einer Welt leben, in der sich niemand mehr von den anderen abschotten und in der niemand mehr auf Kosten der anderen leben kann.

Es ist nicht neu, dass es Armut und brutale Ausbeutung auf der Welt gibt. Auf allen Kontinenten sind es gerade die Gewerkschaften, die immer wieder hierauf hinweisen und sich für Menschenrechte und Demokratie, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Diesen Weg müssen wir entschlossen weiter gehen, und das hat wenig mit Sozialromantik zu tun.

Wir sollten uns vor jeder Art von Hysterie hüten. Jeder, der in dieser Situation den „Kampf der Kulturen“ ausruft, betreibt die Sache der Terroristen. Jeder, der den Islam insgesamt für die Anschläge verantwortlich macht, verunglimpft eine der großen Weltreligionen. Menschen, die eine andere Religion haben oder aus einem anderen Land zu uns kommen, dürfen nicht dem Generalverdacht ausgesetzt werden, sie seien eine Bedro-

hung für die innere Sicherheit Deutschlands. Deutsche und ausländische Arbeitnehmer müssen zusammenstehen und jeder Form der Stigmatisierung energisch entgegenreten. Was für ein grausamer Sieg der Terroristen, wenn sie erreichten, dass wir alle positiven Erfahrungen des Zusammenlebens von heute auf morgen verdrängen. Deshalb gibt es auch nicht ein gutes Argument dafür, das Zuwanderungsgesetz nicht zu verabschieden. **Wer in Deutschland politische Verantwortung trägt, darf Vorurteile und Ängste nicht verstärken**, sondern muss ihnen Argumente entgegensetzen.

Keine Hysterie, das gilt auch für die innere Sicherheit. Mit den Änderungen im Vereinsgesetz und im Strafgesetzbuch hat die Bundesregierung schnell und angemessen reagiert. Dies geschah aus der Verantwortung heraus, die Menschen möglichst umfassend vor Anschlägen zu schützen. Trotzdem sollten wir jede Maßnahme zur Stärkung der Sicherheit daraufhin überprüfen, inwieweit sie unsere Freiheit beschneidet: Wenn mich meterhohe Mauern umgeben, bin ich zwar relativ sicher, aber nicht mehr frei. Auch der Schutz der Demokratie ist ein hohes Gut und wer sie verteidigen will, muss sie auch bewahren können.

Keine Hysterie, das gilt nicht zuletzt für die wirtschaftlichen Folgen der Anschläge. Sie erfolgten zu einer Zeit, in der die Konjunktur ohnehin lahmt. **Doch die Auswirkungen rechtfertigen keine Entlassungen.** Leider ist nicht auszuschließen, dass einige Arbeitgeber nun das tun, was sie ohnehin vorhatten, verbrämt durch die weltpolitische Lage. Was für ein grausamer Sieg der Terroristen, wenn sie erreichten, dass sich die Zahl der Arbeitslosen weiter erhöht. Tausende von Arbeitnehmern schieben Berge von Überstunden vor sich her; Zeit, sie endlich abzubauen. Und es braucht nur ein wenig Fantasie, um mit Arbeitszeitmodellen auf die konjunkturelle Krise zu reagieren. •

Kluft zwischen Arm und Reich verringern

Eine neue weltweite Sicherheitspolitik setzt auch nach Ansicht des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel eine Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich voraus. Die militärischen Reaktionen könnten nur ein Teil der Antwort auf die Terroranschläge sein, sagte Zwickel auf der Konferenz christlich-demokratischer Gewerkschafter der IG Metall am 12. Oktober in Bad Honnef.

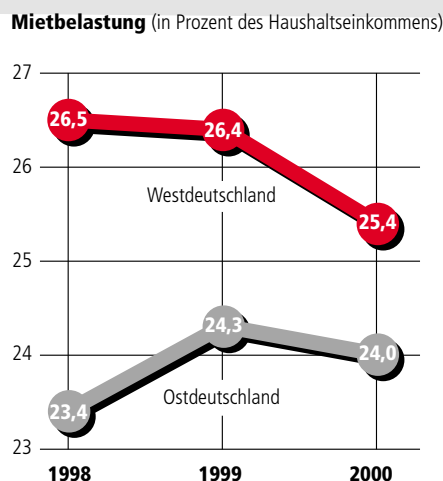
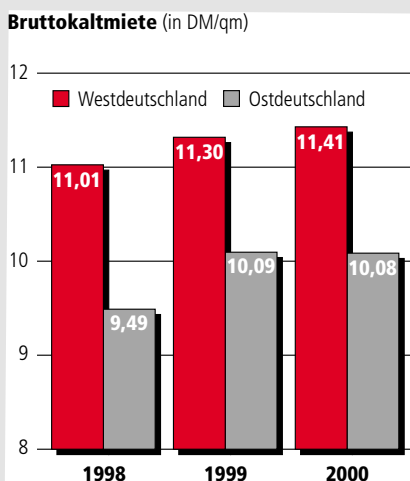
Eine neue globale Sicherheitspolitik müsse miteinander und nicht gegeneinander gestaltet werden. In den vergangenen 15 Jahren der immer enthemmteren neoliberalen Globalisierung sei grob und fahrlässig gegen eine sozialere Ordnung verstoßen worden. Heute werde vielen wieder bewusst, dass die gerechtere Ordnung in der Weltwirtschaft ein Topthema der politischen Agenda sein müsse. Dazu gehören zum Beispiel auch die Forderung nach der Einhaltung sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards sowie die Forderung der Entwicklungsländer nach einem ungehinderten Zugang ihrer Waren auf die Märkte in Europa und den USA. „Eine neue und sozialere Weltpolitik, die terroristischen Gruppen die emotionale Unterstützung entziehen kann, erfordert sehr schnell eine veränderte Politik, die uns in den entwickelten Gesellschaften direkt betrifft.“

DIES & DAS

dieDGBgrafik

WOHNSITUATION: Mietanstieg gestoppt, Mietbelastung gesunken

Zehn Jahre nach der Vereinigung haben sich die Wohnverhältnisse in Ost und West angenähert, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Der bis Mitte der 90er Jahre steile Anstieg der Ost-Mieten ist zum Stillstand gekommen; im Westen hat sich der Anstieg ebenfalls deutlich abgeschwächt. Weil die Haushaltseinkommen in beiden Teilen Deutschlands stärker gestiegen sind als die Mieten, ist der Anteil, der für die Miete ausgegeben wird, erstmals seit der Vereinigung leicht gesunken.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 41/01

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• **Anne Jenter**, 48, GEW, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, ist ab 1. Dezember Leiterin der Abteilung Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstandes.
 ••• Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat auf ihrem Bonner Kongress (30.9.-5.10.) ihren Bundesvorstand von sieben auf elf Mitglieder vergrößert. Wieder gewählt wurden neben dem Bundesvorsitzenden **Klaus Wiesehügel**, 48, und den beiden Stellvertretern **Ernst-Ludwig Laux**, 52, und **Hans-Joachim Wilms**, 46, die bisherigen Mitglieder **Irmgard Meyer**, 56, und **Rolf Steinmann**, 54. Neu im Vorstand sind **Dietmar Schäfers**, 46, bislang Geschäftsführer des

Bezirksverbands Mülheim-Essen-Oberhausen, **Andreas Steppuhn**, 39, Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, **Margot Gudd**, 47, Geschäftsführerin in Wiesbaden-Limburg, **Christoph Burmester**, 52, Landesvorsitzender Nord, **Karl Heinz Strobel**, 54, Landesvorsitzender Bayern und **Frank Wylands**, 49, Landesvorsitzender in Nordrhein und in Westfalen.
 ••• **Ruth Gruber**, 50, leitet ab 1. November die Redaktion von *metall* und *direkt*. Die ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Burda München war zuletzt als freie Journalistin tätig. Sie folgt Michael Rediske, der die IG Metall Ende Mai verlassen hat.

14 TAGE

- 21.-25.10.** Gewerkschaftskongress der IG BCE, Frankfurt/M.
- 24.10.** DGB Berlin-Brandenburg, „Im Osten geht die Sonne auf – Perspektiven der EU-Osterweiterung“, Frankfurt/Oder
- 26.10.** DGB Bayern, „40 Jahre türkische ArbeitnehmerInnen in Deutschland“, München
- 26./27.10.** DGB Nordrhein-Westfalen, Landesbezirksfrauenkonferenz, Herne
- 1./2.11.** „Impulse für die Zukunft“, Bildungspolitische Tagung des DGB, Berlin
- 6./7.11.** Hans-Böckler-Stiftung, Verleihung des Hans-Böckler-Preises 2001 und „Europäisches Gespräch“, Potsdam

Tipp

Heft: Das neue Betriebsverfassungsgesetz, Sonderheft von „Arbeitsrecht im Betrieb“ und „Arbeit und Recht“, AiB Verlag, 80 Seiten, 19,56 DM (10 €)
 Die Extra-Ausgabe bietet einen übersichtlichen und umfassenden Überblick über das reformierte Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Neben einer Gegenüberstellung von altem und neuem Recht sowie Erläuterungen zu den Änderungen wird die Übergangsregelung für Betriebsratswahlen erklärt, die bis zum Erlass der neuen Wahlordnung gilt.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt.

„Offenbar braucht die CSU einige verletzte Polizisten als Trophäe.“

Gerhard Keller, bayerischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), laut Süddeutscher Zeitung vom 9. Oktober zur Weigerung der CSU, den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi angesichts der verschärften Sicherheitslage nach den Angriffen auf Afghanistan um einen Verzicht auf seine Teilnahme am CSU-Parteitag in Nürnberg zu bitten. Berlusconi sagte seine Teilnahme später wegen einer Trauerfeier für die Opfer des Flugzeugunglücks in Mailand selbst ab.